



**Schutzgemeinschaft Vogelsberg e.V.**

SGV e.V. • Geschäftsstelle • Licher Str.19 • 35447 Reiskirchen

Datum 23.02.2013

An die Medien per E-Mail

Ihr Schreiben  
Ihr Aktenzeichen

*Mit der Bitte um Veröffentlichung*

**Partner-Städte der Regionen gemeinsam gegen Wasserprivatisierung - Schutzgemeinschaft Vogelsberg fordert Europäische Kommunen zum Schulterschluss auf**

SGV Geschäftsstelle  
Licher Straße 19  
35447 Reiskirchen  
Tel. 06408 / 610540  
Fax 06408 / 968628  
[info@sgv-ev.de](mailto:info@sgv-ev.de)  
[www.sgv-ev.de](http://www.sgv-ev.de)

Sie war und ist das Herz der europäischen Verständigung: die Partnerschaft deutscher Kommunen mit Städten und Gemeinden in ganz Europa. Ganz gleich, welche Brüsseler Lobbyisten die EU für ihre Mandanten instrumentalisieren wollen, können die Verschwisterungsvereine von Städten und Gemeinden ihr erhebliches politisches Gewicht gegen Vorstöße von multinationalen Konzernen, die sich an den Kommunen und ihren Bürgern bereichern wollen, in die Waagschale werfen. Denn ein europaweit solidarisches Handeln kann weitaus mehr bewegen als nationale Alleingänge.

Vorsitzende  
Cécile Hahn

2. Vorsitzende  
Britta Kreß

Schriftführer  
Walter Pfeifer

Schatzmeister  
Peter Weiß

BeisitzerInnen  
Dr. Wolfgang Drenthöfer  
Gudrun Huber-Kreuzer

Gerade im Fall des aktuellen Versuchs der EU-Kommission, kommunale Betriebe einschließlich ihrer Wasserversorgung per neuer Ausschreibungsverordnung den internationalen Großkonzernen zum Fraß vorwerfen zu wollen, sollte diese schlummernde Großmacht europäischer Städte und Gemeinden von ihren Protagonisten aktiviert werden. Denn die deutschen Proteste gegen den Vorschlag, Stadtwerke und kommunal geführte Zweckverbände in das Portfolio von privaten Investoren zu zwingen, werden wenig Chancen auf Erfolg haben, wenn sie alleine bleiben. Das hat schon die Niederlage deutscher EU-Politiker bei der Abstimmung über den Kommissions-Entwurf gezeigt. Außerdem werden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit etliche EU-Parlamentarier schon längst von den Lobbyisten der großen Wasserkonzerne zur Zustimmung bewegt worden sein, da im April das gesamteuropäische Parlament über den Verordnungsentwurf abstimmen soll. Die Erfahrung zeigt, dass die Wassermultis großen Aufwand treiben, um sich im lukrativen Endkunden-Geschäft in Position zu bringen.

Daher fordert die Schutzgemeinschaft Vogelsberg e.V. (SGV) die deutschen Städte und Gemeinden der Regionen auf, sich nicht nur selbst mit eindeutigem Protest gegen diesen Anschlag auf ihre Eigenständigkeit zu wehren, sondern auch ihre Partner-Kommunen im europäischen Ausland zu gleichen Aktivitäten zu bewegen. Es fördert mit Sicherheit die Standhaftigkeit der jeweiligen Abgeordneten des EU-Parlamentes gegen die Versuchungen der Privatisierer, wenn sie von Partnerkommunen gemeinsam unterzeichnete Aufforderungen erhalten, im April gegen den Versuch der Wasserprivatisierung durch die Hintertür zu stimmen. Und es stärkt die gerade in Zeiten von Finanzproblemen notwendige Solidarität der solchermaßen aktiven Kommunen mit ihren eigenen Einwohnern, da die Bürgerinnen und Bürger mittlerweile überall in Europa gegen das Umetikettieren von Wasser zur einfachen, aber hochprofitablen Handelsware protestieren.

Dabei sollten sich die Kommunen nicht davon beirren lassen, dass der französische Kommissar für den Binnenmarkt, der die europaweite Ausschreibungspflicht im Sinne von SUEZ, Veolia oder Eon durchzudrücken versucht, mittlerweile, von den Protesten beeindruckt, Kompromissvorschläge anbietet. Die Forderung, dass der gesamte Wasserbereich aus der Neuregelung herauszunehmen ist, selbst wenn eine Kommune einer Finanzaufsicht unterstellt wird die den Verkauf von Stadtwerken fordert, oder wenn schon private Beteiligungen existieren, sollte unverändert aufrechterhalten werden. Denn der Schutz der Ressource Wasser ist wichtiger Bestandteil der gesetzlichen Verpflichtung zur Zukunftssicherung, und darf nicht in zwischen die Mahlsteine profitorientierter Aktienkarusselle gelangen. Im Gegenteil sollten die Kommunen die aktuelle Diskussion dazu nutzen, in allen EU-Staaten und auf europäischer Ebene den Zugang zu einwandfreiem Wasser als unverbrüchliches Menschenrecht in die Verfassungen aufzunehmen, denn Menschenrechte sind keine Handelsware. Eine solche Festschreibung würde es den immer noch lauernden Wasserkonzernen hoffentlich endgültig verleiden, immer wieder auf die Jagd nach der Übernahme von oder der Beteiligung an Wasserbetrieben zu gehen.

Cécile Hahn, Vorsitzende SGV